

Eine neue Stiftung und eine Plattform sollen es richten

Die Stiftung Zukunft.li präsentiert ihre Vorstellungen, wie die Medienlandschaft reformiert werden könnte.

Reto Furter

Soll die Liechtensteiner Bevölkerung zukünftig auf der Steuererklärung demokratisch darüber befinden, welche Medien gefördert werden? Sollen ausländische Medienmarken Geld dafür erhalten, dass sie Liechtensteiner Extraseiten produzieren? Soll eine neue öffentlich-rechtliche Medienagentur gegründet werden? Oder gar ein neuer öffentlich-rechtlicher Medienanbieter? Das sind Fragen, welche sich die unabhängige Stiftung Zukunft.li zur Zukunft der einheimischen Medienlandschaft stellte. Die Antworten darauf präsentieren Stiftungsratspräsident Gerhard Schwarz und Geschäftsführer Gerald Hosp in einer neuen Studie.

Was einst war, gilt nicht mehr

Rahmenbedingungen seien von zentraler Bedeutung, wie sich eine Gesellschaft informiere, sagte Schwarz dazu an einer Medienkonferenz am Montag. Für eine Demokratie sei unabhängiger Journalismus überlebens-

wichtig. Man habe sich daher als unabhängige und unbefangene Stiftung verpflichtet gefühlt, das Thema aufzugreifen, denn Liechtenstein sei «kein Land wie irgendein anderes». Dass sowohl Schwarz als auch Hosp aus dem Medienbereich stammen, habe ihnen den Zugang erleichtert.

Foren lösen Parteien ab

Zu schaffen machen dem Medienbereich, so Hosp, unter anderem der allgegenwärtige Strukturwandel und die derzeitige «Normalisierung» hin von Parteimedien zu Forumsmedien, die in der Schweiz schon längst abgeschlossen sei. Verändert habe sich ebenfalls die politische Kommunikation der Behörden auf verschiedenen Stufen. Und schliesslich sei es die Kleinheit des Liechtensteiner Medienmarktes, welche die Lage zusätzlich erschwere. Untersucht wurden schliesslich 16 Modelle, so Hosp. Diese reichten von «philantropischen Initiativen» bis zu einer Neuaufgabe einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Aus diesen Modellen hätten sich schliesslich vier

Elemente herauskristallisiert, wie der zukünftige Medienraum Liechtenstein aussehen könnte.

Gefördert wird, was gefragt ist

Die Bevölkerung soll demokratisch darüber befinden können, welche Medienunternehmen gefördert werden, und zwar mittels einer entsprechenden Angabe auf der jährlichen Steuererklärung. Dadurch verringere sich der politische Einfluss, wie es heisst, und zudem werde die Verteilung der Gelder abgekoppelt von der konkreten Mediennutzung, indem die Bevölkerung Medienunternehmen fördern könne, die sie selbst nicht zwingend auch konsumiere, aber für förderungswürdig halte.

Eine Online-Plattform für alle

Behörden auf Gemeinde- und Landesebene sollen neu nicht mehr über eigene Webseiten kommunizieren, sondern auf einer nationalen Online-Plattform. Diese dient damit dem gesellschaftlichen Austausch und bün-

delt die Aufmerksamkeit, wie Hosp erklärt. Wichtiger Teil einer solchen neuen Plattform ist zudem ein Online-Forum, welches allen offenstehen soll und moderiert werden muss, ergänzt Hosp im Interview mit dem «Liechtensteiner Vaterland».

Gönner sollen zahlen, neue Medien erhalten Schub

Die Liechtensteiner Medien erhalten zudem eine neue Trägerschaft, wenn es nach Zukunft.li geht. Dazu sei eine Art nationaler Schulterschluss nötig, und zwar von jenen privaten Gönnern, die in einer Stiftung versammelt werden sollen. Eine solche Stiftung könnte dann wahlweise zu einer neuen Trägerschaft für das Vaduzer Medienhaus werden, welches diese Zeitung herausbringt, schreiben die Autoren in der Studie, oder die neue Stiftung könnte sogar eine zweite unabhängige Redaktion im Land aufbauen.

Neue Medien sollen eine Anschubfinanzierung erhalten – so sieht es die Studie. Das Sorge für potenziellen Wettbewerb, «damit die Medienlandschaft nicht erstarrt». **5**